

HEIDELBERG. Zur politischen Situation am KHI Heidelberg

Um die Situation am KHI Heidelberg zu beschreiben, muß an die Auseinandersetzungen angeknüpft werden, die im SS 1972 stattfanden. Die Positionen, die vom gesamten Lehrkörper einerseits und von der Mehrheit der Studenten andererseits eingenommen wurden, waren klar und deutlich. Dem entsprachen die Darstellungen in der überregionalen Presse (Welt, FAZ, FR): erstmals wurde von einem Konflikt im Fach Kunstgeschichte berichtet, der sich aus unterschiedlichen hochschulpolitischen Vorstellungen ergab. Es ging um die Forderung, materialistische Kunstgeschichte in einer Lehrveranstaltung zu praktizieren.

Was vor ca. einem Jahr nur mit Hilfe eines "Streiks" und eines einwöchigen Alternativprogramms durchgesetzt werden konnte (siehe dazu die zwei von der IG herausgebrachten Dokumentationen), war natürlich nicht damit abgeschlossen, daß in dem letzten Semester dieser Lehrauftrag durchgeführt wurde. Da Lehraufträge in Heidelberg z.Zt. die einzige Möglichkeit bieten, Probleme der materialistischen Kunstgeschichte in einem Lehrprogramm zu diskutieren, ergibt sich mit Notwendigkeit, auch weiterhin Lehraufträge mit entsprechenden Konzeptionen zu fordern.

Dies vor allem wegen der besonderen Schwierigkeit für fortschrittliche Studenten, in Seminaren und Übungen kontinuierlich den materialistischen Standpunkt so zu formulieren, daß er von den Studenten als solcher erkannt und - was ebenso wichtig ist - mit allen Studenten diskutiert wird; denn die Taktik des Heidelberger Lehrkörpers in den Fällen, wo von linker Seite Referate gehalten und neue Seminarconzepte vorgeschlagen werden, ist Schweigen und partielles Gewährenlassen. Peinlichst wird die Benennung und Verteidigung der eigenen Position vermieden. Was an der Oberfläche als liberale Toleranz gegenüber dezidiert linken Äußerungen erscheint, bleibt als liberaler Schein jedoch nur so lange erhalten, bis die Revision der eigenen Position, d.h. die Revision von Lehrinhalten, gefordert wird.

Dies kann in Diskussionen über Seminarinhalte und -didaktik in den Lehrveranstaltungen ebenso erreicht werden wie durch die Vergabe von Assistentenstellen und Lehraufträgen an Marxisten. Zwar wird auch in solchen Fällen noch bis zum Letzten versucht, linke Bewerber ohne Diskussion abzulehnen, doch fällt dies um so schwerer, je entschiedener diese Forderungen im Zusammenhang mit einer Kritik an der Lehrpraxis des Institutes vorgebracht wird und je deutlicher der studentischen Öffentlichkeit der politische Kontext vermittelt wird, in dem diese Forderungen stehen.

Daß es dann durchaus auch zu einer Spaltung im Lehrkörper kommen kann, einer Spaltung, die die jahrelang bestehende "kollegiale Zusammenarbeit" als verlogenen Schein entlarvt, darf als Ergebnis konsequenter Politik angesehen werden. Als

am Ende des WS 72/73 ein Lehrauftrag an Petsch (Bonn) vergeben werden sollte, wurde - erstmals für Heidelberg - von Teilen des Lehrkörpers diese Forderung unterstützt (von Belting und Riedl ausdrücklich). Mag dies auch weitgehend aus der Absicht motiviert gewesen sein, den Linken eine Spielwiese zuzugestehen, so zeigt doch allein die Tatsache, daß man gegenwärtig diesen "Freiraum" zugestehen muß, die Stärke der studentischen Position.

Aus dem Gesagten wird deutlich, daß für uns zwei taktische Vorgehensweisen wichtig sind und miteinander vermittelt sein müssen: 1) die direkte Aufklärung über die Organisation des Faches in den Universitätsgremien, 2) die Kritik der Kunstgeschichte in den Lehrveranstaltungen. Abstinenz von Gremien- und Seminararbeit, kann nur - wie unsere eigene Erfahrung gezeigt hat - zu einer Zirkelbildung führen, der es nicht gelingt, die Kritik an einer bürgerlichen Wissenschaft dort zu vermitteln, wo (immer noch) die Mehrheit der Studenten sitzt: in den Seminaren.

Heidelberg März 1973

Institutsguppe Kunstgeschichte